

# Auf dem Vormarsch

## Bundeswehr wirbt verstärkt an Schulen

Die Bundeswehr hat ihr Engagement an den Schulen in den vergangenen Jahren intensiviert. Neben der klassischen Nachwuchswerbung beziehen die Jugendoffiziere dabei vor allem zu sicherheitspolitischen Themen Stellung und versuchen, Einfluss auf die politische Bildung in den Schulen zu nehmen.

Für die 14 Schülerinnen und Schüler des Sophie-Charlotte-Gymnasiums im vornehmen Berliner Stadtteil Wilmersdorf bietet sich heute ein ungewöhnlicher Anblick. Vor ihnen steht ein Mann in Uniform: Kapitänleutnant Pierre Lukas. Der 30-Jährige ist gekommen, um die Zwölfklässler über das interaktive Strategiespiel POL&IS („Politik und Internationale Sicherheit“ [s. E&W 12/2003]) zu informieren. In wenigen Tagen werden die Gymnasiasten an einem dieser Simulationsspiele teilnehmen. Ziel sei, so Lukas, die Schüler mit der geopolitischen Wirklichkeit zu heute vertraut zu machen. Die Schülerinnen und Schüler werden vier Tage in die Rollen von Regierungschefs, Vertretern der Weltbank oder von Nichtregierungsorganisationen (NGO) schlüpfen und sich um das Wohlergehen ihrer jeweiligen Weltregion kümmern. Für „Realitätsnähe“ werden Ereignisse wie Dürrekatastrophen oder Bürgerkriege sorgen, erläutert Pierre Lukas den 18-Jährigen.

Die Bundeswehr ist im Klassenzimmer auf dem Vormarsch. Allein 2008 führten die 94 hauptamtlichen Jugendoffiziere laut Presse- und Informationsstab der Truppe 8061 Veranstaltungen mit annähernd 200000 Teilnehmenden durch.

Ihr Hauptziel: Schülerinnen und Schüler für Bundeswehr-Themen und -Positionen zu interessieren – mit 175000 stellten diese 2008 die größte Gruppe. Gegenüber 1999 bedeutet das zwar einen Rückgang um rund 12,5 Prozent, doch haben sich in diesem Zeitraum die Gewichte verschoben: Während die Zahl der Truppenbesuche um 75 Prozent sank, stieg die der Vorträge und Diskussionen um rund ein Viertel auf 129000.

Bevorzugt treten die Vertreter der Bundeswehr dabei in den höheren Klassen an den Gymnasien auf. „Im Allgemeinen werden die Jugendoffiziere in den Gymnasien zum Lehrplanthema ‚Internationale Beziehungen/Konflikte/Friedenssicherung‘ eingeladen“, heißt es in einer Antwort der schleswig-holsteinischen Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Kieler Landtag. Die Jugendoffiziere wenden sich zudem gezielt an Multiplikatoren an den Schulen – so organisiert die Bundeswehr Fortbildungsseminare für Schülerzeitungsredakteure.

Zur Erfolgsgeschichte ist für die Bundeswehr das Simulationsspiel POL&IS geworden. 2008 gab es mehr als 360 dieser Planspiele für Schüler und Studierende. Das Militär hat das Spiel vor 20 Jahren erworben. Seit seiner Einführung haben die sicherheitspolitischen Optionen in dem Strategiespiel zugenommen. „Die nachlassende Ordnungskraft von den Staaten führt zur Zunahme von Kriegen und Konflikten – weltweit dauerhaft instabile Regionen drohen. Die Reaktion auf diese Bedrohung bedarf eines neuen Mixes von robusten Fähigkeiten“, informieren die Jugendoffiziere der Bundeswehr auf ihrer Internetseite ([www.polis.jugendoffizier.eu](http://www.polis.jugendoffizier.eu)).

Was unter einem „Mix von robusten Fähigkeiten“ zu verstehen ist, beschreibt Klaus-Heinrich Ehlers vom Bundesverteidigungsministerium. In Deutschland sei durch die lange Friedensperiode in den vergangenen Jahrzehnten „das Gefühl für Bedrohung“ nicht mehr vorhanden, meint der für den Einsatz der Jugendoffiziere an den Schulen zuständige Oberstleutnant. Durch die veränderte Weltlage und die Einsätze der Bundeswehr wie in Afghanistan „müsse diese Gesellschaft auch wieder eine Diskussion über Einsätze der Bundeswehr und deren Folgen führen auch an Schulen“.

### Kooperation mit Ministerien

Erleichtert wird das durch so genannte Kooperationsvereinbarungen zwischen der Bundeswehr und den Kultusministerien. Entsprechende Verträge gibt es in den unionsregierten Ländern Nordrhein-Westfalen (seit 2008), Saarland und Baden-Württemberg (2009) sowie seit Anfang dieses Jahres auch mit dem SPD-regierten Rheinland-Pfalz. Die Vereinba-



Foto: POL&IS

rungen sehen nicht nur eine stärkere Einbindung der Jugendoffiziere in den schulischen Unterricht vor. In der zwischen dem baden-württembergischen Kultusministerium und dem Wehrbereichskommando IV getroffenen Übereinkunft wird den Offizieren sogar die „Einbindung in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Lehrkräften“ ermöglicht.

### Kritik nimmt zu

Lange Zeit war die Anwesenheit von Uniformträgern im Schulunterricht kein Thema in der Öffentlichkeit. Erst in jüngster Zeit nimmt die Kritik an den Vorträgen und Schulungen des Militärs zu. In einem Beschluss des GEW-Hauptvorstandes von Anfang März 2010\* etwa wird der Versuch der Streitkräfte kritisiert, Einfluss auf die Politische Bildung in den Schulen zu nehmen. Diese sei Aufgabe der Lehrkräfte – und nicht von Offizieren. Pädagogen und Schüler dürften zudem nicht gezwungen werden, an den Veranstaltungen von Bundeswehrangehörigen an Schulen teilzunehmen. Kritik kommt auch von Friedensinitiativen. Den Schülern werde eine Politik vermittelt, „die den Einsatz des Militärs zur Sicherung von Rohstoffen als vollkommen legitim erachtet“, sagt etwa Markus Pflüger von der „Arbeitsgemeinschaft Frieden e.V.“ aus Trier.

Solchen Vorwürfen widerspricht Ehlers vehement. Er verweist auf den so genannten Beutelsbacher Konsens aus

**Die Bundeswehr gewinnt zunehmend Einfluss auf die politische Bildung an Schulen: Das Simulationsspiel POL&IS (s. Bild) ist für sie zur Erfolgsgeschichte geworden: Bei diesem Strategiespiel haben sicherheitspolitische Optionen an Gewicht gewonnen.**

\* s. GEW-Website unter [www.gew.de/Einfluss\\_der\\_Bundeswehr\\_an\\_Schulen\\_zurueckdraengen.html](http://www.gew.de/Einfluss_der_Bundeswehr_an_Schulen_zurueckdraengen.html)

dem Jahr 1976. Die Kultusminister der Länder hatten sich damals darauf verständigt, dass Schülerinnen und Schüler weder indoktriniert („Überwältigungsverbot“), noch einseitig informiert werden dürfen („Kontroversitätsgebot“). „Daran halten wir uns“, betont Ehlers. Die Jugendoffiziere stellten „im Unterricht durchaus abweichende Meinungen z.B. der Parteien zu bestimmten Themen wie den Auslandseinsätzen oder auch der Wehrpflicht dar“.

Dass die Bundeswehr sich an den Beutelsbacher Konsens hält, bestätigt auch Peter Becker von der „Stiftung Friedensbewegung“. Er wirft der Bundeswehr jedoch vor, ihn durch die Hintertür zu umgehen. Im Unterricht werde vielfach auf die Unterrichtsvorschläge für Friedens- und Sicherheitspolitik des gemeinnützigen Vereins „Jugend und Bildung“ zurückgegriffen, der eng mit dem der FDP nahestehenden Universum-Verlag zusammenarbeitet. „In vielen dieser Materialien wird offen Position für die Haltung der Bundeswehr zu friedens- und sicherheitspolitischen Fragen eingenommen“, kritisiert der Jurist. Die Neutralitätspflicht bei ihren schulischen Einsätzen einzuhalten, ist der Bundeswehr erst jüngst ins Stamm-

buch geschrieben worden. Tillmann Hoppe vom Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages erklärte Mitte März, dass Informationen über die Bundeswehr im Unterricht verfassungsrechtlich zwar grundsätzlich zulässig seien, die Leitung der Veranstaltungen müsse allerdings bei der Schule verbleiben und diese habe auf Ausgewogenheit zu achten. „Eine gezielte Beeinflussung der Schüler in eine bestimmte Richtung ist verfassungsrechtlich unzulässig.“

### Bundeswehr nutzt Chance

Die Bundeswehr kann jedoch darauf setzen, dass den Schulen die Übernahme dieser Verantwortung aufgrund der personellen und sächlichen Unterversorgung immer schwerer fällt – und sie nutzt diese Chance. Das dokumentiert der Bericht der Jugendoffiziere für das Jahr 2008. In vielen Bundesländern sei der Umfang des Faches Politik/Sozialkunde in den Schulen reduziert worden, heißt es. Die Fachlehrkräfte hätten daher zunehmend Probleme damit, „alle Themenbereiche der vorgegebenen Curricula behandeln zu können“ und seien daher „froh, Referenten für Sicherheitspolitik einladen zu können, um

den Jugendlichen diesen Themenkomplex (...) näherzubringen“.

Peter Becker wundert diese Entwicklung nicht. Die Friedensbewegung habe das Wirken des Militärs an den Schulen lange Zeit unterschätzt, gibt er selbstkritisch zu. Becker sieht allerdings Signale aus einzelnen Landesministerien, Militärkritiker stärker als bislang in den Schulunterricht einzubeziehen. So habe das Bildungsministerium in Rheinland-Pfalz der Stiftung Friedensbewegung kürzlich mitgeteilt, dass sie „die Zusammenarbeit mit den Kirchen und Anbietern von Zivil-, Friedens- oder Entwicklungsdiensten intensivieren will“.

Die Stiftung will jetzt zusammen mit einem geeigneten Partner – man denkt dabei an die GEW – ein Konzept für die Darstellung sicherheitspolitischer Aspekte aus Sicht der Friedensbewegung für den Schulunterricht erarbeiten. Ziel ist eine Kooperationsvereinbarung mit den Ländern, vergleichbar mit den Regelungen, die mit der Bundeswehr geschlossen wurden. Bis es soweit ist, hat diese aber weiterhin eine Art „Alleinstellungsmerkmal“ an den Schulen.

Jürgen Amendt, Redakteur  
„Neues Deutschland“

# Der doppelte Jahrgang

## G8: große Herausforderung auch für die Hochschulen

*Die Einführung von G8 – das Abitur nach zwölf statt 13 Jahren – bedeutet nicht nur ein gewaltiges Pensum für Schüler und Lehrkräfte, sondern stellt auch eine immense Herausforderung für die Universitäten dar. Wie die Hochschulen den gewaltigen Ansturm der ersten G8-Jahrgänge bewältigen sollen, ohne dass die Qualität der Lehre leidet, ist völlig unklar.*

**D**ie Zeit der Witze ist vorbei. Pünktlich zum 1. April veröffentlichte die Pressestelle der Ruhr-Universität in Bochum eine Mitteilung, die gleichermaßen lustig wie politisch brisant war. Um den zu erwartenden Ansturm des doppelten Abitursjahrganges 2013 bewältigen zu können, führe die Hochschule einen Zweischichten-Betrieb ein, hieß es. Die Studierenden könnten wählen, ob sie Vor-

lesungen und Seminare zwischen acht und 18 Uhr oder zwischen 20 und sechs Uhr besuchen wollten. Man wolle niemanden schockieren, aber anders lasse sich ein geregeltes Studium nicht garantieren. Außerdem gehöre Schichtarbeit im Ruhrgebiet ja zur guten Tradition. Drei Monate später hört sich das alles etwas anders an. Jenseits aller gelungenen Aprilscherze stellt Susanne Schult, Planungsdezernentin an der Ruhr-Uni, fest: „Die doppelten Abitur-Jahrgänge stellen die Bochumer Universität vor eine große Herausforderung.“

### In der Bredouille

Nicht nur die Bochumer Hochschule. Die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre – kurz: G8 – bringt Universitäten und Fachhochschulen bundesweit in die Bredouille. Waren es bislang Schüler und Lehrende, die Kritik an der Reform übten, weil viel zu viel Stoff in viel zu kurzer Zeit gepackt werde, melden sich jetzt Studierendenver-

treter und Uni-Dozenten zu Wort. Denn die Hochschulen könnten wegen der doppelten Abschlussjahrgänge in den kommenden Jahren zu Massenbetrieben werden. Von genau diesem Image wollten sie jedoch unbedingt weg. Exzellenz und Elite sollten Einzug halten, überfüllte Hörsäle, in denen die Studierenden auf dem Boden hocken oder stehen müssen, der Vergangenheit angehören.

### Problem der alten Länder

Vor allem das Jahr 2013 könnte problematisch werden. Dann macht in Nordrhein-Westfalen, wo jetzt schon eine halbe Million Studierende eingeschrieben sind, der erste G8-Jahrgang Abitur, gleichzeitig endet in Hessen die Umstellung von 13 auf zwölf Jahre. Berlin und Baden-Württemberg trifft es bereits ein Jahr vorher, Bayern schon 2011, Schleswig-Holstein lässt sich bis 2016 Zeit. Weniger problematisch ist die Situation in den östlichen Bundesländern. In